

Steinwiesen (sd) **Schwimmbadsanierung und Energieeffizienznetzwerk waren Hauptdiskussionsthemen im Gemeinderat**

Schwimmbadsanierung

Der Freistaat Bayern hat ein Sonderförderungsprogramm zur Sanierung kommunaler Schwimmbäder aufgelegt. Bis 2024 werden hier Investitionen bis zu 40%, für finanzschwache Gemeinden bis 45% gefördert. Der Zweck ist, den Erhalt der Bäder als Voraussetzung für die Schwimmfähigkeit der Kinder und Jugendlichen. Deshalb sind auch nur Becken, die sich zum Schwimmen eignen und tiefer als 60 cm sind förderfähig. Außerdem das Equipment wie Umkleiden, Dusche, WC und Technikbereiche. Nicht förderfähig sind Sauna, Gastronomiebereich, Rutschen, Spaßbereiche und ähnliches. Es soll sinnvoll und barrierefrei umgestaltet werden. Kämmerer Rainer Deuerling erläuterte, dass eine maximale Förderung von 8.000 Euro je qm Wasserfläche für Steinwiesen durchaus in Ordnung geht. Es muss nun so bald wie möglich ein Bauantrag gestellt werden, denn hier gilt die Devise „wer zuerst kommt ...“ Baubeginn wäre dann nach Ablauf des Bewilligungsverfahrens. Bürgermeister Gerhard Wunder (CSU) meinte, dass es sinnvoll wäre, hier mitzumachen, denn es würden jedes Jahr Gelder in das sanierungsbedürftige Bad gesteckt. Nun sollte ein Architekturbüro mit der Entwurfsplanung beauftragt und eine Kostenberechnung vorgenommen werden. Fraktionsvorsitzender Jürgen Eckert (CSU) erklärte, dass man als Tourismusgemeinde das Bad auf jeden Fall erhalten wolle und man schnellstens einsteigen und einen Antrag stellen soll, damit das Schwimmbad nicht eines Tages zu gemacht werden müsse. Auch Jürgen Deuerling, Fraktionsvorsitzender der SPD, bestätigte dies und meinte, man wolle ja später keinen „Lost Place“ haben. Robert Unglaub (SPD) meinte, dass eine Verkleinerung der Beckengröße sinnvoll wäre, sie jedoch noch gut beschwimmbar bleiben soll. Bürgermeister Wunder ging darauf ein, dass ein Fachmann zufällig im Schwimmbad als Besucher anwesend war und sich die Anlage angesehen hat. Die neuen Edelstahlbecken würden ca. 1 Million Euro kosten, die Technik dazu ebenfalls soviel. „Wir müssten also auf jeden Fall 2 Millionen Euro für die Sanierung einplanen“, sagte Wunder. Es wurde einstimmig beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, einen Architekten zu finden, der hier tätig wird.

Kommunales Energieeffizienznetzwerk Oberfranken II

Bereits in der letzten Gemeinderatssitzung informierte Wolfgang Böhm von der Energieagentur Nordbayern über das kommunale Energieeffizienznetzwerk Oberfranken. Mit dem Beitritt in das Netzwerk läuft das Projekt über drei Jahre und durch ein Energiemanagement wird der Überblick über das Energieaufkommen der gemeindlichen Einrichtungen geschaffen. Gefördert wird das Projekt durch den Bund, der Eigenanteil der Kommune würde insgesamt für drei Jahre bei 15000 Euro liegen. Zwar wurde bereits 2007 bis 2010 hier etwas gemacht, jedoch nicht weitergeführt. Jürgen Eckert (CSU) meinte, dass man aber auch damals schon Einsparungen vornehmen konnte und man keinen Fehler mache, wenn man nun die 15.000 Euro investiere. Robert Unglaub (SPD) gab zu bedenken, dass gerade die Objekte, die hier am meisten betroffen sind, Schwimmbad und Turnhalle, bei Sanierung wegfallen würden. Bürgermeister Gerhard Wunder (CSU) hielt dagegen, dass man ja diese Datenerfassungen gleich in die Sanierung einarbeiten könne und diese projektneutralen Planungen sinnvoll sind. Rudi Kotschenreuther (CSU) betonte, man solle diese beratende Funktion nutzen und die Daten einfließen lassen. Zum Beispiel welche Pumpen im Bad sinnvoll sind usw. Auch Frank Hauck (CSU) war dieser Meinung, denn es sei sicher noch viel einzusparen und für die Zukunft auszurichten. Zweiter Bürgermeister Bruno Beierlorzer (CSU) meinte ebenfalls, dass das neutrale Büro das Fundament in diesen drei Jahren legen könnte und für die Zukunft zur Energieersparnis beitragen werde. Nach Rückfrage von Jürgen Deuerling (SPD), ob nach den drei Jahren die Daten auch weiterhin von Bediensteten im Rathaus erfasst werden, meinte Rainer Deuerling, dass man die Zahlen sowieso erfassen müsse und dann mit dem Programm des Energienetzwerkes weiterarbeiten werde. Mit zwei Gegenstimmen wurde der Beitritt zum kommunalen Energienetzwerk Oberfranken II beschlossen.

Aus dem Gemeinderat

Zu Anfang der Sitzung legten die Marktgemeinderäte unter Leitung von Bürgermeister Gerhard Wunder eine Gedenkminute für den verstorbenen ehemaligen Gemeinderat Bernhard Reißig aus Neufang ein. Bernhard Reißig saß lange Jahre für die SPD im Gremium.

Bürgermeister Gerhard Wunder (CSU) informierte über die aktuelle Einwohnerentwicklung in der Gemeinde. Zum 31. März 2019 sind 3.425 Einwohner gemeldet. 2011 waren dies noch 3.605. Er

betonte, dass man dem Schwund entgegensteuern wolle, denn gerade die Infrastruktur ist in Steinwiesen noch sehr gut und soll auch so bleiben. „Da müssen wir alle zusammen helfen, damit das auch so bleibt“, appellierte der Bürgermeister.

In Bezug auf die Sanierung der Kulturhalle konnte Wunder eine positive Nachricht verkünden. Ulrike Maier von der Regierung von Oberfranken hat offiziell bestätigt, dass im Rahmen der Förderoffensive Nordostbayern die Sanierung und der Umbau der alten Turnhalle in eine Kulturhalle grundsätzlich förderfähig sind. Die Nutzung muss überwiegend kulturell sein. Nun muss eine Projektkonkretisierung erfolgen und danach die schnellstmögliche Antragstellung.

Förderfibel für das kommunale Förderprogramm

Bürgermeister Gerhard Wunder (CSU) zeigte die festgelegten Richtlinien der neuen Gestaltungsfibel für das Kommunale Förderprogramm auf. Hier wurden städtebauliche Vorgaben festgelegt in Bezug auf die Gestaltung der Dächer, Fenster, Fassaden, Materialien, Türen usw. Er betonte, dass dies nur Vorgaben keine Vorschriften sind. Der Entwurf für förderfähige Maßnahmen wird mit der Regierung abgestimmt und wenn jemand anders bauen will, erhält er keine Förderung.

Kommunales Förderprogramm

Die Sanierungsberatung für die Anwesen Frankenwaldstraße 13, Inhaber Johannes Beierwaltes, und Frankenwaldstraße 1 A, Inhaberin Charlotte Deckelmann, wurde durchgeführt und der Marktgemeinderat stimmt der Maßnahme im Rahmen des kommunalen Förderprogramms nach Nr. 20.1 StBauFR 2007 der Interessengemeinschaft Oberes Rodachtal zu und erklärt sich bereit, den kommunalen Eigenanteil der Förderung zu übernehmen.

Datenschutz und Informationssicherheit

Kämmerer Rainer Deuring informierte über die Zweckvereinbarung über die kommunale Zusammenarbeit beim Datenschutz und der Informationssicherheit im Landkreis Kronach. Man werde einen Datenschutzbeauftragten und einen Informationssicherheitsbeauftragten bestimmen, der dann vom Landkreis eingestellt wird. Die Kosten trägt zu 50% der Landkreis, zu 50% die Kommunen anteilmäßig auf Einwohner aufgeteilt. Einstimmig wurde dieser Zweckvereinbarung zugestimmt.

Sonstiges und Anträge

Günther Partheymüller (CSU) fragte an, ob die Ortsverbindungsstraße Birnbaum in die Grümpel nicht in Ordnung gebracht werden könne, sie sei in einem katastrophalen Zustand. Bürgermeister Wunder (CSU) entgegnete, dass zurzeit keine Kapazitäten frei sind und wenn die Verkehrssicherheit nicht mehr gegeben sein, die Straße gesperrt werden muss, bis sie repariert wurde.

Frank Hauck (CSU) ging auf die Gefahren der Engstelle nach dem Grünen Baum ein. Es sein teilweise lebensgefährlich, wie die LKWs hier fahren. Er fragte nach, ob man hier nicht mit Geschwindigkeitsregelungen, Schildern wie roter und weißer Pfeil oder Spiegel die Gefahren etwas entschärfen könne. Bürgermeister Wunder (CSU) sagte zu, dies weiterzugeben, denn als Kreisstraße sei das Bauamt zuständig. Es soll aber von Polizei und Landratsamt geprüft werden.

Frank Hauck (CSU) fragte auch noch nach, ob man beim Beierswehr durch besseres Aufstauen den großen Algenbewuchs nicht in Griff bekommen könne. Bei 20cm mehr Wassertiefe würde das Übel verbessert. Hier antwortete Wunder, dass man das Wehr gut in Griff habe und so wenig Wasser wie heuer noch nie durch die Staubretter geflossen war. Aber wenn kein Wasserzulauf erfolgt, könne man hier auch nicht viel machen. Holzprofi Günther Partheymüller wird sich über Verbesserungen trotzdem informieren.

Frank Hauck (CSU) hatte zum Schluss noch die Bitte, bekannt zu geben, dass es verboten ist, mit elektrischen oder mechanischen Pumpen aus den Bächen und Flüssen zu pumpen. Bei dem derzeitigen Niedrigwasser sei dies lebensbedrohlich gerade für die Fische. Wer dies macht, braucht eine wasserrechtliche Genehmigung des Landratsamtes. Dies soll im nächsten Mitteilungsblatt veröffentlicht werden.